

Sitzungsniederschrift

21. Sitzung des Kreistages

Sitzungsort: KVHS Aurich, Oldersumer Straße 65 - 73, Raum 101		
Sitzungsdatum: 16.09.2015	Sitzungsbeginn: 16:05 Uhr	Sitzungsende: 19:15 Uhr

Mitglieder / Anwesende	Fraktion Gruppe	Funktion Anmerkung
Vorsitz		
Thiele, Otto	SPD	
Mitglieder		
Agena, Garrelt	GRÜNE	
Akkermann, Hermann	SPD	
Altmann, Gila	GRÜNE	Fraktionsvorsitzende GRÜNE
Beekhuis, Jochen	SPD	Fraktionsvorsitzender SPD
Behrends, Kuno	SPD	
Behrens, Sven	CDU	
Bikker, Johann	FW	
Biller, Anita	SPD	
Bontjer, Johann	CDU	
Busker, Hinrich	SPD	
Carow, Johanne	FW	
Constant, Franz	FW	
Dirksen, Dieter	CDU	
Forster, Hans	SPD	
Frerichs, Theo	CDU	
Gerdes, Hilko	CDU	Fraktionsvorsitzender CDU
Gerdes, Jens	SPD	
Gossel, Arnold	CDU	
Griesel, Sigrid	GFA	

Harms, Antje	SPD	Stv. Landrätin
Hasbach, Bernd	SPD	
Ihnen, Hermann	SPD	
Jelken, Friedhelm	CDU	
Jeromin-Oldewurtel, Beate	GRÜNE	
Kleen, Barbara	SPD	
Kleen, Johannes	SPD	
Kleinert, Ingeborg	SPD	
Lüppen, Christel	SPD	
Meyerhoff, Barbara	SPD	
Meyerholz, Hans-Gerd	GFA	Fraktionsvorsitzender GFA / Gruppenvorsitzender GFA/FDP
Moroni, Hayo F.	FW	
Odens, Roelf	CDU	
Peters, Cornelius	SPD	
Rahmel, Jürgen	GRÜNE	
Reinders, Hermann	CDU	
Rinderhagen, Gerhard	CDU	
Roß, Helmut	SPD	
Saathoff, Anneliese	GRÜNE	
Seelgen, Blanka	DIE LINKE.	
Sell, Erwin	SPD	
Sievers, Wolfgang	FDP	
Strömer, Wilhelm	FW	Stv. Landrat / Fraktionsvorsitzender FW / Gruppenvorsitzender FW/S.W.K.
Terfehr, Hans	SPD	
Tjaden, Hinrich	CDU	
Trauernicht, Hinrich	SPD	
Weber, Harm-Uwe		Landrat
Weilage, Udo	CDU	
Wienbeuker, Johann	S.W.K.	
Wilts, Elsche	GRÜNE	
Wolters, Hayo	CDU	
Verwaltung		

Carls, Christoph	
Christoffers, Dieter	
Jelden, Frauke	Gleichstellungsbeauftragte
Kleen, Holger	
Krabbe, Henni	Kreisrätin
Mittwollen, Uwe	
Möhlmann, Linda	Protokollführerin
Müller-Gummels, Rainer	Pressesprecher
Puchert, Dr. Frank	Erster Kreisrat
Saathoff, Irene	
Wilts, Manfred	
Malbrich, Silke	Protokollführerin

Nicht anwesend:

Mitglieder

Albers, Angelika	GRÜNE	Fraktionsvorsitzende GRÜNE
Christians, Hilda	SPD	
Dirks, Friederike	CDU	
Harms, Erich	SPD	
Pickel, Sascha	SPD	
Röben, Hinrich	SPD	
Roß, Jan	DIE LINKE.	Fraktionsvorsitzender DIE LINKE.
Siebels, Wiard	SPD	

Tagesordnung

Öffentlicher Teil:

- | | |
|----|--|
| 1. | Eröffnung der öffentlichen Sitzung |
| 2. | Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit |
| 3. | Feststellung der Tagesordnung |
| 4. | Genehmigung der Niederschrift - öffentlicher Teil - vom 18.06.2015 |
| 5. | Einwohnerfragestunde |
| 6. | Antrag der SPD-Fraktion vom 20.07.2015; Erweiterung des Ausschusses für Migration und Integration
Vorlage: VIII-AF/2015/025 |



7.	Umbesetzung im Ausschuss für Schulen, Sport und Kultur Vorlage: VIII/2015/099
8.	Umbesetzungen für verschiedene Ausschüsse und Gremien Vorlage: VIII/2015/151
9.	Benennung von Vertretern für die Verbandsversammlung des Sparkassenzweckverbandes Aurich-Norden Vorlage: VIII/2015/173
10.	Stand Zielvereinbarung zum Umstrukturierungsprozess gemäß Beschluss des Kreistages vom 07.05.2015 - Beauftragung der Kommunalen Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsmanagement (KGSt) Vorlage: VIII/2015/164
11.	Sachstandsbericht "Flüchtlinge" (beantragt von der SPD-Fraktion)
12.	Beschluss über das Konzept des Landkreises Aurich zur Aufnahme und Integration von Flüchtlingen Vorlage: VIII/2015/130
13.	Übernahme von einer Ausfallbürgschaft für einen Kredit der Kreisvolkshochschule Norden gGmbH Vorlage: VIII/2015/161-1
14.	Nachtrag zum Wirtschaftsplan 2015 - Erforderliche Maßnahmen im Zusammenhang mit der Umsetzung des Konzeptes des Landkreises Aurich zur Aufnahme und Integration von Flüchtlingen Vorlage: VIII/2015/165
15.	Nachtrag zum Wirtschaftsplan 2015 des Eigenbetriebes der KVHS Norden Vorlage: VIII/2015/166
16.	1. Nachtragshaushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2015 Vorlage: VIII/2015/172-1
17.	Jahresabschluss Eigenbetrieb KVHS Norden 2014: Feststellung der Jahresbilanz 2014 Vorlage: VIII/2015/167
18.	Jahresabschluss Eigenbetrieb KVHS Norden 2014: Entlastung des Betriebsleiters Vorlage: VIII/2015/168
19.	Jahresabschluss 2014 der Kreisvolkshochschule Aurich Vorlage: VIII/2015/106
20.	Änderung der Honorarrichtlinien für Lehrkräfte der Kreisvolkshochschule Aurich Vorlage: VIII/2015/107
21.	Geschäftsbericht 2014 des Abfallwirtschaftsbetriebes Landkreis Aurich; Beschlussfassung zur Schlussbilanz zum 31.12.2014 Vorlage: VIII/2015/103
22.	Ergebnisverwendung des Bilanzgewinns 2014 des Abfallwirtschaftsbetriebes Landkreis Aurich Vorlage: VIII/2015/102
23.	Bericht der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Dr. Stieve & Poppinga über die Prüfung des Jahresabschlusses 2014 des Abfallwirtschaftsbetriebes Landkreis Aurich a) Kenntnisnahme und Erörterung b) Erteilung der Entlastung Vorlage: VIII/2015/104

-
24. Spende für die Berufsbildenden Schulen 2 Aurich im Jahr 2015 überhalb der Wertgrenze von 2.000,00
Vorlage: VIII/2015/129
-
25. Fortschrittsbericht zur fraktionsübergreifenden Haushaltskonsolidierungsgruppe (beantragt von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen)
-
26. Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 01.09.2015; Nutzung von zertifiziertem Ökostrom
Vorlage: VIII-AF/2015/022
-
27. Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 01.09.2015; Prüfung der wirtschaftlichen Führung einer Verbundlösung der Krankenhäuser zwischen Aurich/Norden und Emden mit dem Erhalt der wohnortnahen Standorte
Vorlage: VIII-AF/2015/023
-
28. Bericht des Landrates
-
29. Einwohnerfragestunde
-
30. Verschiedenes, Wünsche, Anregungen
-
31. Schließung der öffentlichen Sitzung
-

Öffentlicher Teil:

TOP 1 Eröffnung der öffentlichen Sitzung

Vorsitzender Thiele eröffnete um 16:05 Uhr die öffentliche Sitzung.

TOP 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit

Vorsitzender Thiele stellte die ordnungsgemäße Ladung und die Beschlussfähigkeit fest.

TOP 3 Feststellung der Tagesordnung

Vorsitzender Thiele teilte mit, dass es noch zwei Anträge und eine aktualisierte Beschlussvorlage zum Tagesordnungspunkt 16 gibt.

Sodann fasste der Kreistag folgenden Beschluss:

Die Tagesordnung wurde in der vorgelegten Form festgestellt.

Abstimmungsergebnis:

⇒ Ja-Stimmen: 51 Nein-Stimmen: 0 Enthaltungen: 0
➔ **einstimmig beschlossen**

TOP 4 Genehmigung der Niederschrift - öffentlicher Teil - vom 18.06.2015

Die Niederschrift – öffentlicher Teil – vom 18.06.2015 wurde genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

⇒ Ja-Stimmen: 50 Nein-Stimmen: 0 Enthaltungen: 1
➔ **einstimmig beschlossen**

TOP 5 Einwohnerfragestunde

Es lag keine Wortmeldung vor.

TOP 6 Antrag der SPD-Fraktion vom 20.07.2015; Erweiterung des Ausschusses für Migration und Integration
Vorlage: VIII-AF/2015/025

Abg. Kleinert erläuterte den Antrag und bat um Zustimmung.

Sodann fasste der Kreistag folgenden Beschluss:

Der Kreistag des Landkreises Aurich beschließt die Erweiterung des Ausschuss für Migration und Integration um einen zusätzlichen Sitz für ein beratendes Mitglied aus dem Bereich der Flüchtlingssozialarbeit. Benannt wird Frau Elke Brönstrup (Integrationsberaterin DRK Aurich).

Abstimmungsergebnis:

⇒ Ja-Stimmen: 51 Nein-Stimmen: 0 Enthaltungen: 0
➔ **einstimmig beschlossen**

TOP 7 Umbesetzung im Ausschuss für Schulen, Sport und Kultur
Vorlage: VIII/2015/099

Der Deutsche Gewerkschaftsbund, Region Oldenburg-Ostfriesland benennt für den Ausschuss für Schulen, Sport und Kultur für Herrn Ralf Dittmer als neues stellvertretendes Mitglied Herrn Kampers.

Abstimmungsergebnis:

⇒ Ja-Stimmen: 51 Nein-Stimmen: 0 Enthaltungen: 0
➔ **einstimmig beschlossen**

TOP 8 Umbesetzungen für verschiedene Ausschüsse und Gremien



Vorlage: VIII/2015/151

Betriebsausschuss „Rettungsdienst des Landkreises Aurich“

Die SPD-Fraktion benennt für den Betriebsausschuss „Rettungsdienst des Landkreises Aurich“ Frau Barbara Kleen für Frau Ingeborg Kleinert. Frau Kleen übernimmt darüber hinaus den Vorsitz in diesem Gremium.

Umweltausschuss

Die Gruppe Freie Wähler/S.W.K. benennt für den Umweltausschuss Herrn Wilhelm Strömer als zusätzliches stellvertretendes Mitglied. Herr Strömer ist zugleich stellv. Vorsitzender des Umweltausschusses.

Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung

Herr Klaus Bagusat, Norden wird im Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung für die Erwerbsloseninitiative als Vertreter von Frau Andrea Cordes benannt.

Gesellschafterversammlung „KVHS Norden“

Als Dozentenvertreter werden Frau Gabriele Metz (Stellvertreter Bernd Lesage) und Günter Beyer (Stellvertreterin Dörte Friedrich) benannt.

Verbandsversammlung des Sparkassenzweckverbandes Aurich-Norden

Die CDU-Fraktion benennt für die Verbandsversammlung des Sparkassenzweckverbandes Aurich-Norden Herrn Dieter Dirksen als Vertreter für Herrn Hinrich Tjaden.

Abstimmungsergebnis:

⇒ Ja-Stimmen: 51 Nein-Stimmen: 0 Enthaltungen: 0
➔ einstimmig beschlossen

TOP 9 Benennung von Vertretern für die Verbandsversammlung des Sparkassenzweckverbandes Aurich-Norden
Vorlage: VIII/2015/173

Landrat Weber teilte zur Vorlage mit, dass Abg. Gossel bereits Vertreter von Johann Bontjer sei und somit Herr Arthur Mannott Vertreter von Jabine Janssen werde.

Sodann fasste der Kreistag folgenden Beschluss:

Für die Verbandsversammlung des Sparkassenzweckverbandes Aurich-Norden wird für Herrn Frank Kubusch Herr Gunther Siebels-Michel benannt. Als Vertreterin wird Frau Renate de Wall (vorher Herr Gunther Siebels-Michel) benannt. Darüber hinaus wird neuer Vertreter von Frau Jabine Janssen Herr Artur Mannott (vorher Gerhard Harms). Die Benennung von Herrn Mannott erfolgt vorbehaltlich des Ratsbeschlusses der Stadt Aurich.

Abstimmungsergebnis:

⇒ Ja-Stimmen: 51 Nein-Stimmen: 0 Enthaltungen: 0
➔ einstimmig beschlossen



TOP 10 **Stand Zielvereinbarung zum Umstrukturierungsprozess gemäß Beschluss des Kreistages vom 07.05.2015 - Beauftragung der Kommunalen Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsmanagement (KGSt)**
Vorlage: VIII/2015/164

Landrat Weber schlug vor, dass die Entscheidung zur Beauftragung der KGSt auf den Kreisausschuss delegiert werden solle. Grund sei, dass in dem Angebot noch die Wünsche/Anregungen einzelner Fraktionen eingearbeitet werden sollten. Da die nächste Sitzung des Kreistages frühestens im November stattfinden werde, solle der Kreisausschuss in seiner Oktobersitzung entscheiden. Hiermit sei eine zeitnahe Entscheidung gewährleistet. Der Kreisausschuss habe einen entsprechenden Empfehlungsbeschluss gefasst.

Sodann fasste der Kreistag folgenden Delegationsbeschluss:

Der Kreistag delegiert die Entscheidung zur Beauftragung der Kommunalen Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsmanagement (KGSt) zur Moderation des Angleichungsprozesses der Volkshochschulen auf den Kreisausschuss.

Abstimmungsergebnis:

⇒ Ja-Stimmen: 51 Nein-Stimmen: 0 Enthaltungen: 0
 ⇒ **einstimmig beschlossen**

TOP 11 **Sachstandsbericht "Flüchtlinge" (beantragt von der SPD-Fraktion)**

Siehe Tagesordnungspunkt 12.

TOP 12 **Beschluss über das Konzept des Landkreises Aurich zur Aufnahme und Integration von Flüchtlingen**
Vorlage: VIII/2015/130

Erster Kreisrat Dr. Puchert gab einen aktuellen Überblick zur Flüchtlingssituation. Sie stelle den Landkreis vor eine große Herausforderung. Hiermit seien tiefgreifende Veränderungen verbunden. Vor diesem Hintergrund habe der Landkreis vor der Sommerpause ein Konzept zur Aufnahme und Integration von Flüchtlingen erarbeitet. Dieses Konzept sei nun verfeinert worden.

Sodann stellten die Herren Mittwollen und Wilts das Konzept vor (*siehe Anlage zum Protokoll*).

Abg. Kleinert merkte an, dass Integration vordergründig aus den Merkmalen Wohnraum und Arbeit bestünde. Die SPD-Fraktion halte es durchaus für möglich, dass ein Wohnungsbau und eine Organisation durch die KVHS'en stattfindet. Sie unterstütze ganzheitlich das Konzept. Es müssten dringend schulische und berufliche Grundlagen geschaffen werden. **Abg. Kleinert** sprach einen Dank an die Verwaltung, die KVHS'en und das Sozialamt aus und lobte das aus ihrer Sicht hervorragende Konzept. Dieses müsse immer weiter ergänzt werden und der Aspekt der Gesundheit müsse noch eingebaut werden. Dr. Held von der UEK Aurich hätte ihr gegenüber geäußert, dass kostenlose Einstiegsuntersuchungen stattfinden könnten. Zudem hätte Dr. Heeren

vom Gesundheitsamt sich schon einmal positiv zu einer „Fünffach-Impfung“ geäußert. Die Finanzierung des Konzepts würde durch die Zuschüsse von Bund und Land einfacher werden.

Abg. Odens hielt das Konzept generell für ambitioniert. Er sprach seinen Dank an die Verwaltung für die bisherige Flüchtlingsarbeit aus und betonte, dass die Organisatoren sich immer öfter Angriffen von Politikern aussetzen müssten. Ein besonderer Dank galt seinerseits Herrn Christoffers vom Sozialamt. **Abg. Odens** sagte, dass sowohl Politik als auch Verwaltung und Bevölkerung von den aktuellen Flüchtlingszahlen geschockt seien und die kreisangehörigen Gemeinden, bspw. die Gemeinde Krummhörn, sich Gedanken über Notunterkünfte wie leerstehende Schulen machen. Alle seien in diesen Zeiten sehr gefordert. Das Konzept der KVHS'en sei hier ein erster und richtungsweisender Schritt. Mit der Unterbringung sei man zwar schon mitten drin, aber die Integration stehe erst am Anfang. Wenn die KVHS'en Bauherr neuer Sammelunterkünfte wären, würden seiner Meinung nach gute Chancen auf einen Nachnutzen für die Jugendhilfe geben. **Abg. Odens** sehe das jetzige Konzept als einen von vielen Bausteinen. Seiner Meinung nach solle der Kreistag in dieser Hinsicht professionell arbeiten und nicht pausenlos diskutieren. Er bat im Namen der CDU-Fraktion um Zustimmung.

Abg. Griesel kritisierte etwaige negative Äußerungen der Verwaltung gegenüber der Politik in der Sitzung des Ausschusses für Integration und Migration vom 15.09.2015. Sie wies auf einen unflätigen Umgang miteinander hin und betonte, dass es keine Gelegenheit zu einer vernünftigen Diskussion in der Sitzung gegeben habe. Das Engagement der KVHS'en begrüße sie zwar, man müsse aber auch Kritik üben dürfen. Ein Neubau von Sammelunterkünften sei aus ihrer Sicht ein Problem, denn eine internatsmäßige Unterbringung von Flüchtlingen sei nicht das Ziel und nicht förderlich. Auch hier betonte **Abg. Griesel**, dass darüber in der Sitzung vom 15.09.2015 kein vernünftiger Gedankenaustausch stattfinden konnte. **Abg. Griesel** sagte, dass Herr Wilts eine Mandatsträgerin dort hart angegangen sei. Sie sah hier eine klare Unfähigkeit zum Dialog. **Abg. Griesel** erläuterte sechs Punkte, die aus ihrer Sicht gegen den Wohnungsbau sprechen.

1. Es bestünde gegenwärtig ein Mangel an Wohnungen für Geringverdiener und Arbeitslose. Flüchtlinge würden diese Situation noch weiter verschärfen.
2. Es gebe eine hohe Anzahl an Wohnungsangeboten, die aus unerklärlichen Gründen für Hartz IV-Empfänger nicht genutzt werden könnten.
3. Im Landkreis Aurich gebe es viele Ferienwohnungen, die in den Wintermonaten ungenutzt bleiben.
4. Unterkünfte müssten schnell bereit stehen. Das wäre durch den Neubau von Unterkünften vorerst nicht machbar.
5. Es bestünde eine hohe Wahrscheinlichkeit, dass 2016 weitere Flüchtlinge folgen.
6. Einer der wichtigsten Punkte sei nach Auffassung der **Abg. Griesel**, dass eine gesellschaftliche Akzeptanz geschaffen werden müsse. Dies sei mit Sammelunterkünften nur schwer möglich.

Stv. Landrat Strömer bezeichnete das Konzept als gut. Es müsse aber ein Auge auf die finanziellen Folgen gehalten werden. So bleibe bei Durchführung des Konzepts trotz der Zuschüsse von Bund und Land ein erheblicher Betrag am Landkreis Aurich hängen. Dies begründete **stv. Landrat Strömer** damit, dass der Pro-Kopf-Betrag von Bund und Land zu gering sei. Er merkte allerdings an, dass insgesamt eine Integration erfol-



gen müsse und dass das Konzept gut und angemessen sei. Sammelunterkünfte begrüße er prinzipiell, über die Kosten ließe sich aber streiten. Es müsse, so **stv. Landrat Strömer**, auch über Privatwohnungen nachgedacht werden.

Erster Kreisrat Dr. Puchert betonte, dass jede gefundene akzeptable Wohnung auch gemietet werde. Es würden permanent Wohnungsbesichtigungen durch Fachleute stattfinden. Man müsse, so **Erster Kreisrat Dr. Puchert**, mehrgleisig fahren. Der private Wohnungsmarkt sei aber immer noch der bestimmende Faktor. Er bat alle Beteiligten für den Prozess Verständnis zu haben, da die übrige Verantwortung und Aufgabenerfüllung des Landkreises Aurich parallel weiterlaufe. **Erster Kreisrat Dr. Puchert** bat um breite Zustimmung zum erarbeiteten Konzept. Die Verwaltung bräuchte Mut und Zustimmung.

Abg. Jeromin-Oldewurtel hatte den Eindruck, dass für die Politik kein Verständnis vorhanden sei. Sie führte aus, dass die Gemeinschaft und der Spracherwerb am besten in Familien stattfinden könne. Sie zeigte sich dankbar für das Konzept der KVHS'en. Es sei ausgezeichnet und sehr gut – bis auf die beabsichtigte Baumaßnahme. Sie kritisierte, dass es auch andere Organisationen, wie zum Beispiel das Europa-haus gebe, die sich in dem Bereich der Flüchtlingsarbeit einbringen wollten. Es sei unfair, wenn einige Politiker an dieser Stelle uneinsichtig seien. **Abg. Jeromin-Oldewurtel** erklärte, dass es besser gewesen wäre, wenn es mehrere Abschnitte bei den Vorlagen gegeben hätte. So hätte man über die einzelnen Punkte getrennt abstimmen können. Ihre Fraktion werde frei abstimmen.

Abg. Seelgen begrüßte das Konzept der KVHS'en. Auf Sammelunterkünfte könne auf kurz oder lang nicht verzichtet werden. Man müsse soviel wie möglich für die Integration tun. Langfristig würde sie allerdings auch ein Wohnungsproblem sehen und sprach sich deswegen für mehr Wohnungsbau aus.

Abg. Beekhuis zeigte sich erstaunt über die Aussagen der Abg. Griesel. Er schätze Frau Griesel, es müsse aber auch möglich sein, nach einer langen Diskussion Kritik zu äußern. Seiner Meinung nach, sei das Konzept sehr gut. Er habe sich selber einen Eindruck von den Flüchtlingsunterkünften gemacht und sei froh und dankbar, dass die Flüchtlinge untergebracht werden können. Es habe Modellcharakter, was bislang geschafft wurde.

Sodann fasste der Kreistag folgenden Beschluss:

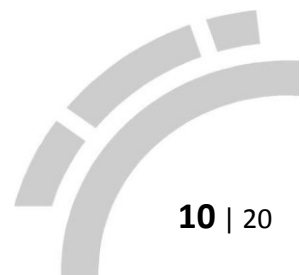
Die Umsetzung des Konzeptes des Landkreises Aurich zur Aufnahme und Integration von Flüchtlingen wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

⇒ Ja-Stimmen: 39 Nein-Stimmen: 8 Enthaltungen: 3
 → **mehrheitlich beschlossen**

TOP 13 Übernahme von einer Ausfallbürgschaft für einen Kredit der Kreisvolkshochschule Norden gGmbH
Vorlage: VIII/2015/161-1

Die nachfolgenden Redebeiträge beziehen sich auf die Tagesordnungspunkte 13-16.



Frau Saathoff stellte anhand von Folien die Haushaltssituation dar (siehe Anlage zum Protokoll).

Abg. Gerdes teilte mit, dass die CDU-Fraktion ihre Zustimmung zu den Tagesordnungspunkten 13 bis 16 erteilen werde, weil sich die darin aufgezeigten Veränderungen ausschließlich auf die unvermeidbaren und vom Kreistag zu bewältigten Flüchtlingsprobleme beziehen. Auch wenn der Nachtragshaushalt auf den in der Kreistagsitzung vom 7. Mai 2015 mit Mehrheit beschlossenen Grundhaushalt aufbaue, erklärte **Abg. Gerdes** ausdrücklich, dass die Zustimmung der CDU-Fraktion zum Nachtrag nichts an der Ablehnung des Grundhaushalts ändere und sie nicht aufheben solle. Er beziehe sich somit in dieser Sitzung nur auf Ablehnungsgründe, die in der Kreistagsitzung am 7. Mai 2015 vorgetragen wurden.

Abg. Gerdes erklärte weiter, dass seine Fraktion den Einstellungsstopp für untauglich und darüber hinaus auch für schädlich gehalten habe. Insofern beantrage seine Fraktion nun folgerichtig, den Einstellungsstopp aufzuheben. Der Kreistag möge daher entsprechend dem Antrag der CDU abstimmen:

„Der in der Kreistagsitzung am 7. Mai 2015 beschlossene Einstellungsstopp wird mit sofortiger Wirkung aufgehoben.“

Für die Verwaltung des Landkreises Aurich wird kurzfristig ein „Strategisches Organisations- und Personalmanagement“ entsprechend dem dafür zu entwickelnden Konzept mit dafür qualifizierten Mitarbeitern des Landkreises eingesetzt. Dieses Management beschäftigt sich mit der Prozessoptimierung in der Landkreisverwaltung, der Optimierung der Aufbau- und Ablauforganisation, der Personalbedarfsplanung, der Personaleinsatzplanung, der Personalentwicklung, der Personalgewinnung und der Personalführung.

Sobald das Team für das Organisations- und Personalmanagement arbeitsfähig ist, sollen alle Beschlussvorlagen für den Personalausschuss diesem Ausschuss ausschließlich mit der Beurteilung und Empfehlung dieses Teams zur Entscheidung vorgelegt werden.“

Als Begründung führte **Abg. Gerdes** an, dass der Kreistag anlässlich der Haushaltsberatungen in der Kreistagsitzung am 7. Mai 2015 einen Einstellungsstopp beschlossen habe. Der alternative Antrag der CDU-Fraktion, im Haushaltsplan die Höhe der Personalkosten betragsmäßig zu begrenzen, habe damals leider nicht die Zustimmung der Mehrheit des Kreistages gefunden. Die CDU-Fraktion halte einen Einstellungsstopp nach wie vor für absolut ungeeignet, damit die Personalkosten begrenzen oder abbauen zu können. Stattdessen hindere ein Einstellungsstopp die Verwaltung, erforderliche und sinnvolle Personalentscheidungen zu treffen und schränke deren Flexibilität zum Schaden des Landkreises unangemessen ein. Die CDU-Fraktion korrigiere mit diesem Antrag den Fehler des Kreistages bezüglich des Einstellungsstopps. **Abg. Gerdes** erklärte weiter, dass seine Fraktion nicht darauf verzichten wolle, das Ziel des Personalkostenabbaus weiter ernsthaft und mit allem Nachdruck zu verfolgen. Dass für die Bewältigung der Flüchtlingsprobleme deutlich mehr Mitarbeiter benötigt werden, stehe diesem Ziel nicht entgegen. Seine Fraktion verspreche sich von der Einrichtung eines Organisations- und Personalmanagements sehr viel und hoffe, dass dieses neue Team die Erwartungen voll erfüllen könne. Dieses Team könne schon in Kürze den Mitgliedern des Personalausschusses bei den Entscheidungen eine wesentliche Hilfe sein. **Abg. Gerdes** erläuterte, dass auf diesem Wege die seit Jahren ansteigenden Personalkosten besser kontrolliert werden könnten. Voraussetzung für das ge-

wünschte Ergebnis sei allerdings, dass die Verwaltungsspitze dem Managementteam die volle Rückendeckung gebe, sie unabhängig und ohne Einschränkungen arbeiten lasse und die von der CDU-Fraktion formulierten Ziele bezüglich der Reduzierung der Personalkosten zur ihren eigenen erkläre. Die CDU-Fraktion gehe davon aus, dass sie diesbezüglich schon bei den Beratungen zum Haushalt 2016 die Positionierung der Verwaltungsspitze erkennen könne. Abschließend bat **Abg. Gerdes** um Zustimmung zum Antrag der CDU.

Abg. Beekhuis erläuterte, dass die Möglichkeit bestehen müsse, die Beschlüsse des Kreistags zu überprüfen. Der Einstellungsstopp sei nicht alltagstauglich und zielführend. Aus diesem Grund habe die SPD nun den nachfolgenden Änderungsantrag vorgelegt.

„Der Kreistag des Landkreis Aurich beschließt, den in seiner Sitzung vom 07.05.2015 beschlossenen Einstellungsstopp aufzuheben.

Die Kreisverwaltung wird beauftragt, kurzfristig –möglichst bis zur nächsten Sitzung des Kreisausschusses- ein Organisations- und Personalmanagementkonzept zu entwickeln. Kernstück soll dabei der Aufbau einer internen Organisations- und Optimierungsberatung sein.

Begründung:

In der Kreistagssitzung am 07.05.2015 wurde im Zuge der Haushaltsberatungen ein Einstellungsstopp beschlossen. Bereits am 21.07.2015 hat sich der Kreistag erneut getroffen, um über Ausnahme des kurz zuvor beschlossenen Einstellungsstopps zu beschließen (siehe Vorlage2015/132). Nach Ansicht der SPD-Fraktion ist festzustellen, dass sich der beschlossene Einstellungsstopp in seiner jetzigen Form als nicht alltagstauglich und zielführend erwiesen hat. Es ist dabei deutlich geworden, dass der Einstellungsstopp die Arbeit der Verwaltung, vor allem im Bereich des sogenannten Tagesgeschäftes, zu sehr einschränkt und der Landkreis Gefahr läuft, Aufgaben nicht bzw. nur eingeschränkt erledigen zu können. Deshalb spricht sich die SPD-Fraktion für die Aufhebung des Einstellungsstopps aus.“

Er bat um Zustimmung.

Stv. Landrat Strömer war überrascht über die Anträge und empfand ein solches Vorgehen als keine gute Zusammenarbeit. Nach seiner Auffassung sei der Nachtragsplan in der vorgelegten Form in Ordnung, ein Einstellungsstopp könne aber nur durch zusätzliche Beschlüsse aufgehoben werden.

Abg. Jeromin-Oldewurtel erklärte, sie habe den „Poker“ um den Einstellungsstopp Anfang des Jahres als Mobbing empfunden. Für die vorgelegten Anträge sprach sie ihre Zustimmung aus. Abg. Dirksen müsse als Vorsitzender des Personalausschusses darauf achten, dass das strategische Organisations- und Personalmanagement auch umgesetzt werde.

Abg. Seelgen erklärte, sie habe dem Einstellungsstopp sowieso nicht zugestimmt. Mit Arbeitsplätzen dürfe ihrer Meinung nach nicht jongliert werden. Es mangle sowieso schon zu stark an Personal.

Abg. Wolters führte aus, dass sich gezeigt habe, dass der Kreisverwaltung durch den Einstellungsstopp die Hände gebunden seien, um Personal einzustellen. Seiner Mei-



nung nach wäre es besser gewesen, die Personalkosten festzuschreiben. Die Verwaltung hätte dann die Möglichkeit, sich in diesem Rahmen zu bewegen. Dies sei auch der Vorschlag bei der Haushaltsdiskussion gewesen.

Abg. Saathoff sagte, dass der Einstellungsstopp von vorn herein die falsche Methode gewesen sei. Es sei zu bedenken, dass es beim Landkreis Aurich einerseits Bereiche mit einer sehr hohen Arbeitsbelastung und andererseits Bereiche mit einer sehr geringen Arbeitsbelastung gebe. Dies mache eine unterschiedliche Aufgabenverteilung notwendig. Sie betonte, dass das Personalentwicklungskonzept bislang nicht voran gekommen sei und dass eine Personalentwicklung ganzheitlich nicht stattfinde. Die Verwaltung müsse vernünftig arbeiten und dürfe nicht aufgebläht werden. Sie äußerte ihre Zustimmung, erwarte aber ein verantwortungsvolles Handeln der Verwaltung.

Abg. Agena erklärte, dass er dem Ursprungshaushalt nur wegen des Einstellungsstopps zugestimmt habe. Er zeigte sich verwundert darüber, dass man jetzt der Auffassung sei, dass ein Einstellungsstopp nicht zielführend sei.

Landrat Weber erläuterte, dass man in den vergangenen Jahren Mitarbeiter bei der KGSt als Organisatoren ausgebildet habe. Da die vorgelegten Änderungsanträge der CDU und SPD inhaltsähnlich seien, schlage er folgenden Kompromiss vor:

„Der Kreistag des Landkreises Aurich beschließt, den in seiner Sitzung vom 07.05.2015 beschlossenen Einstellungsstopp mit sofortiger Wirkung aufzuheben. Die Kreisverwaltung wird beauftragt, kurzfristig – möglichst bis zur nächsten Sitzung des Kreisausschusses – ein Organisations- und Personalmanagementkonzept mit dafür qualifizierten Mitarbeitern des Landkreises zu entwickeln. Kernstück soll dabei der Aufbau einer internen Organisations- und Optimierungsberatung sein.

Das zu entwickelnde Konzept soll folgende Punkte beinhalten:

- **Prozessoptimierung in der Landkreisverwaltung**
- **Optimierung der Aufbau- und Ablauforganisation**
- **Personalbedarfsplanung**
- **Personaleinsatzplanung**
- **Personalentwicklung**
- **Personalgewinnung**
- **Personalführung**

Sobald das Team für das Organisations- und Personalmanagement arbeitsfähig ist, sollen in einem ersten Schritt alle Beschlussvorlagen für den Personalausschuss, die sich auf zusätzliche Stellen im Stellenplan beziehen, dem Personalausschuss ausschließlich mit einer Beurteilung und Empfehlung dieses Teams zur Entscheidung vorgelegt werden. Im zweiten Schritt sollen Stellenbesetzungen ab EG 10/A 11/S 15 nach der gleichen Regelung mit einbezogen werden.“

Abg. Rahmel erklärte, dass es eine realistische und auch verbindliche Frist für die Umsetzung geben müsse.

Landrat Weber sicherte eine Ausarbeitung für die nächste Sitzung des Kreisausschusses zu.

Sodann fasste der Kreistag folgende Beschlüsse:

Der Übernahme von einer Ausfallbürgschaft zugunsten der Kreisvolkshochschule Norden gGmbH zur Sicherung eines Investitionskredites in Höhe von 2 Millionen Euro wird vorbehaltlich der Genehmigung der Aufsichtsbehörde zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

⇒ Ja-Stimmen: 40 Nein-Stimmen: 8 Enthaltungen: 3
 → mehrheitlich beschlossen

TOP 14 Nachtrag zum Wirtschaftsplan 2015 - Erforderliche Maßnahmen im Zusammenhang mit der Umsetzung des Konzeptes des Landkreises Aurich zur Aufnahme und Integration von Flüchtlingen
Vorlage: VIII/2015/165

Die Durchführung der mit der Umsetzung des Konzeptes des Landkreises Aurich zur Aufnahme und Integration von Flüchtlingen verbundenen Maßnahmen und deren finanzielle Auswirkungen auf den Wirtschaftsplan 2015 wird beschlossen.

Entsprechend wird der Nachtrag zum Wirtschaftsplan der KVHS Aurich 2015 wie folgt beschlossen:

im Erfolgsplan:

Erträge	von 5.645.000,- €, geändert auf 5.845.000,- €
Aufwendungen	von 5.645.000,- €, geändert auf 5.845.000,- €

im Vermögensplan:

Einnahmen	von 245.000,- €, geändert auf 2.255.000,- €
Ausgaben	von 245.000,- €, geändert auf 2.255.000,- €

Der Vermögensplan sieht Kreditaufnahmen für Investitionen in Höhe von 2.000.000,- € vor. Diese sollen für die Schaffung erforderlicher Qualifizierungs- und Wohnstätten für Flüchtlinge verwendet werden.

Abstimmungsergebnis:

⇒ Ja-Stimmen: 40 Nein-Stimmen: 7 Enthaltungen: 4
 → mehrheitlich beschlossen

TOP 15 Nachtrag zum Wirtschaftsplan 2015 des Eigenbetriebes der KVHS Norden
Vorlage: VIII/2015/166

Die Durchführung der mit der Umsetzung des Konzeptes des Landkreises Aurich zur Aufnahme und Integration von Flüchtlingen verbundenen Maßnahmen und deren finanzielle Auswirkungen auf den Wirtschaftsplan 2015 wird beschlossen.

Entsprechend wird der Nachtrag zum Wirtschaftsplan des Eigenbetriebes KVHS Norden 2015 wie folgt beschlossen:



im Erfolgsplan:

Erträge	von 4.665.600,00 €; geändert auf 4.831.300,00 €
Aufwendungen	von 4.665.600,00 €; geändert auf 4.831.300,00 €

Abstimmungsergebnis:

⇨ Ja-Stimmen: 40 Nein-Stimmen: 7 Enthaltungen: 4

➔ **mehrheitlich beschlossen**

TOP 16 **1. Nachtragshaushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2015**
Vorlage: VIII/2015/172-1

Die 1. Nachtragshaushaltssatzung des Landkreises Aurich für das Haushaltsjahr 2015 wird in der vorgelegten Form beschlossen. Zudem beschließt der Kreistag des Landkreises Aurich, den in seiner Sitzung vom 07.05.2015 beschlossenen Einstellungsstopp mit sofortiger Wirkung aufzuheben. Die Kreisverwaltung wird beauftragt, kurzfristig – möglichst bis zur nächsten Sitzung des Kreisausschusses – ein Organisations- und Personalmanagementkonzept mit dafür qualifizierten Mitarbeitern des Landkreises zu entwickeln. Kernstück soll dabei der Aufbau einer internen Organisations- und Optimierungsberatung sein.

Das zu entwickelnde Konzept soll folgende Punkte beinhalten:

- Prozessoptimierung in der Landkreisverwaltung
- Optimierung der Aufbau- und Ablauforganisation
- Personalbedarfsplanung
- Personaleinsatzplanung
- Personalentwicklung
- Personalgewinnung
- Personalführung

Sobald das Team für das Organisations- und Personalmanagement arbeitsfähig ist, sollen in einem ersten Schritt alle Beschlussvorlagen für den Personalausschuss, die sich auf zusätzliche Stellen im Stellenplan beziehen, dem Personalausschuss ausschließlich mit einer Beurteilung und Empfehlung dieses Teams zur Entscheidung vorgelegt werden. Im zweiten Schritt sollen Stellenbesetzungen ab EG 10/A 11/S 15 nach der gleichen Regelung mit einbezogen werden.

Abstimmungsergebnis:

⇨ Ja-Stimmen: 36 Nein-Stimmen: 12 Enthaltungen: 3

➔ **mehrheitlich beschlossen**

TOP 17 **Jahresabschluss Eigenbetrieb KVHS Norden 2014: Feststellung der**
Jahresbilanz 2014
Vorlage: VIII/2015/167

Der Jahresabschluss 2014 des Eigenbetriebes KVHS Norden, der am 31.12.2014 in der Bilanz in Aktiva und Passiva mit 2.509.348,07 € abgeschlossen wurde, weist ein Jahresfehl von 4.152,70 € auf.

Der Betriebsausschuss KVHS Norden schlägt vor, zur Deckung des Jahresverlustes eine Entnahme aus dem Gewinnvortrag vorzunehmen.



Abstimmungsergebnis:

⇒ Ja-Stimmen: 51 Nein-Stimmen: 0 Enthaltungen: 0
➔ **einstimmig beschlossen**

TOP 18 Jahresabschluss Eigenbetrieb KVHS Norden 2014: Entlastung des Betriebsleiters
Vorlage: VIII/2015/168

Der Betriebsleiter für das Geschäftsjahr 2014 wird entlastet.

Abstimmungsergebnis:

⇒ Ja-Stimmen: 51 Nein-Stimmen: 0 Enthaltungen: 0
➔ **einstimmig beschlossen**

TOP 19 Jahresabschluss 2014 der Kreisvolkshochschule Aurich
Vorlage: VIII/2015/106

Der Jahresabschluss 2014 der Kreisvolkshochschule Aurich wird festgestellt. Die Bilanz zum 31.12.2014 schließt auf der Aktivseite und Passivseite mit 13.923.147,20 € ausgeglichen ab. Die Gewinn- und Verlustrechnung schließt mit einem Bilanzverlust in Höhe von 298.280,10 €.

Dem Landrat und der Betriebsleitung wird gem. § 33 Eigenbetriebsverordnung vorbehaltlich einer Prüfungsbestätigung für die Kreisvolkshochschule Aurich für das Jahr 2014 Entlastung erteilt.

Der Bilanzverlust wird in Höhe von 295.000,00 € der allgemeinen Rücklage entnommen. Der verbleibende Betrag in Höhe von 3.280,10 € wird auf neue Rechnung vorgetragen.

Abstimmungsergebnis:

⇒ Ja-Stimmen: 51 Nein-Stimmen: 0 Enthaltungen: 0
➔ **einstimmig beschlossen**

TOP 20 Änderung der Honorarrichtlinien für Lehrkräfte der Kreisvolkshochschule Aurich
Vorlage: VIII/2015/107

Die Honorarrichtlinien für Lehrkräfte der KVHS Aurich wird zum 01.02.2016 beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

⇒ Ja-Stimmen: 50 Nein-Stimmen: 0 Enthaltungen: 1
➔ **einstimmig beschlossen**



TOP 21 **Geschäftsbericht 2014 des Abfallwirtschaftsbetriebes Landkreis Aurich; Beschlussfassung zur Schlussbilanz zum 31.12.2014**
Vorlage: VIII/2015/103

Der Jahresabschluss 2014 des Abfallwirtschaftsbetriebes Landkreis Aurich wird festgestellt. Die Bilanz zum 31.12.2014 schließt auf der Aktivseite und Passivseite mit 35.294.994,57 € ausgeglichen ab. Die Gewinn- und Verlustrechnung schließt mit einem Jahresüberschuss in Höhe von 1.160.818,41 € ab.

Abstimmungsergebnis:

⇒ Ja-Stimmen: 51 Nein-Stimmen: 0 Enthaltungen: 0
 ➔ einstimmig beschlossen

TOP 22 **Ergebnisverwendung des Bilanzgewinns 2014 des Abfallwirtschaftsbetriebes Landkreis Aurich**
Vorlage: VIII/2015/102

Der Jahresabschluss 2014 des Abfallwirtschaftsbetriebes Landkreis Aurich weist einen Bilanzgewinn von 1.160.818,41 € aus. Dieser wird in die Gebührenkalkulation wie folgt vorgetragen:

2015	52.317,05 €
2016	52.317,05 €
2017	1.056.184,31 €

Abstimmungsergebnis:

⇒ Ja-Stimmen: 51 Nein-Stimmen: 0 Enthaltungen: 0
 ➔ einstimmig beschlossen

TOP 23 **Bericht der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Dr. Stieve & Poppinga über die Prüfung des Jahresabschlusses 2014 des Abfallwirtschaftsbetriebes Landkreis Aurich**
 a) **Kenntnisnahme und Erörterung**
 b) **Erteilung der Entlastung**
Vorlage: VIII/2015/104

a) Der Prüfungsbericht der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Dr. Stieve & Poppinga über die Prüfung des Jahresabschlusses 2014 des Abfallwirtschaftsbetriebes Landkreis Aurich sowie der Bestätigungsvermerk des Wirtschaftsprüfers wird gemäß Anlage zur Kenntnis genommen.

b) Dem Betriebsleiter wird die Entlastung erteilt.

Abstimmungsergebnis:

⇒ Ja-Stimmen: 51 Nein-Stimmen: 0 Enthaltungen: 0
 ➔ einstimmig beschlossen

TOP 24 **Spende für die Berufsbildenden Schulen 2 Aurich im Jahr 2015**
überhalb der Wertgrenze von 2.000,00 €
Vorlage: VIII/2015/129

Die Sachspende der Firma Janssen Automobile GmbH, Westerholt, in Höhe von 10.000,00 € wird angenommen.

Abstimmungsergebnis:

⇒ Ja-Stimmen: 51 Nein-Stimmen: 0 Enthaltungen: 0
 ➔ **einstimmig beschlossen**

TOP 25 **Fortschrittsbericht zur fraktionsübergreifenden Haushaltskonsolidierungsgruppe (beantragt von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen)**

Landrat Weber berichtete, dass die Interfraktionelle Haushaltskonsolidierungsgruppe bereits zwei Mal getagt habe. Inhalte könne er nicht wiedergeben, da in der Konsolidierungsgruppe Vertraulichkeit vereinbart worden sei.

TOP 26 **Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 01.09.2015; Nutzung von zertifiziertem Ökostrom**
Vorlage: VIII-AF/2015/022

Abg. Agena erläuterte den Antrag. Er erklärte, dass er die Haltung des Landkreises als Vorreiter für regenerative Energien für inkonsequent halte. Er profitiere von der Energiewende bzw. der Erzeugung von Ökostrom, nehme diesen aber nicht ab.

Landrat Weber teilte mit, dass der Landkreis sich wiederkehrende Angebote eingeholt habe. Der Landkreis habe bis zu diesem Frühjahr Strom von der EWE-Ökostrom-Tochter Naturwatt bezogen. Dieser werde zu 100 Prozent aus erneuerbaren Quellen hergestellt. Aus Kostengründen habe sich der Kreisausschuss nach Auslaufen des Vertrages von diesem Modell verabschiedet. So könnten 23.000 € pro Jahr eingespart werden. Dieser Betrag trage zur Haushaltskonsolidierung bei.

Abg. J. Kleen teilte ergänzend mit, dass der Landkreis in den letzten acht Jahren Ökostrom bezogen habe. Die Energiewende sei schneller als erwartet auf den Weg gebracht worden und auch nicht mehr aufzuhalten. Der Landkreis mache viel für die Energiewende und aus diesem Grund sei er der Meinung, dass man 23.000 € an anderer Stelle besser einsetzen könne und man die Energiewende nicht doppelt subventionieren müsse.

Abg. Jeromin-Oldewurtel wies daraufhin, dass der Landkreis auch Strom aus Atom- und Kohlekraft bezahle, wenn er keinen Vertrag mit einem Ökostrom-Anbieter abschließe.

Abg. Seelgen schloss sich der Auffassung der Abg. Jeromin-Oldewurtel an.

Abg. J. Kleen merkte an, dass der Landkreis bereits Ökostrom fördere und somit nicht unbedingt Ökostrom beziehen müsse.



Abg. Wolters äußerte sich kritisch über die Folgen der Energiewende, sichtbar etwa in Form von Biogasanlagen.

Abg. Rahmel erklärte, man müsse ein gesundes Mittelmaß finden. Der Landkreis präseniere sich nach außen mit regenerativen Energien und produziere diese, nutze sie jedoch dann nicht.

Abg. Moroni prangerte die Schattenseite der Energiewende an und sprach von einer Verspargelung der Landschaft durch Windräder. Ostfriesland werde immer mehr zur Industrieregion.

Sodann stellte **Vorsitzender Thiele** den Antrag zur Abstimmung:

Abstimmungsergebnis:

⇨ Ja-Stimmen: 7 Nein-Stimmen: 42 Enthaltungen: 2
 ➔ **mehrheitlich abgelehnt**

TOP 27 **Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 01.09.2015;
 Prüfung der wirtschaftlichen Führung einer Verbundlösung der
 Krankenhäuser zwischen Aurich/Norden und Emden mit dem Er-
 halt der wohnortnahen Standorte
 Vorlage: VIII-AF/2015/023**

Abg. Jeromin-Oldewurtel erläuterte den Antrag.

Landrat Weber zeigte sich über die Begründung des Antrages überrascht. Es läge ein seriöses Gutachten vor. Landrat Weber erklärte, dass er es für unabdingbar halte, die Krankenhäuser zusammenzuschließen. Aktuell werde über ein Konzept mit drei Geschäftsführern nachgedacht. Wichtig sei, dass man enger zusammenrücken müsse.

Abg. Gerdes erklärte, dass er den Antrag der Grünen-Fraktion nicht nachvollziehen könne. Ein wesentlicher Teil der BDO-Untersuchung habe sich mit den Möglichkeiten einer arbeitsteiligen Verbundlösung für die Krankenhäuser befasst. Die Fragen nach den diesbezüglichen Möglichkeiten und Chancen seien im Gutachten sehr eindeutig untersucht und beantwortet worden. Es gebe keine vorteilhafte Verbundlösung der Krankenhäuser zwischen Aurich, Norden und Emden mit dem Erhalt der heutigen wohnortnahen Standorte. Es könne niemand gezwungen werden, die Ergebnisse des vom Landkreis bestellten und bezahlten Gutachtens zu akzeptieren. Da die Mehrheit des Kreistages die erarbeiteten Ergebnisse für schlüssig und richtig gehalten habe, könne doch derselbe Kreistag nicht noch einmal eine kostspielige Prüfung der gleichen Fragen in Auftrag geben. Noch abwegiger sei es, dabei auch noch das Land einbeziehen zu wollen, das gerade in jüngster Zeit die Planungen einer Zentralklinik in höchsten Tönen gelobt und volle Unterstützung zugesagt habe. Wenn z. B. die Städte Aurich und Norden eine solche nochmalige Prüfung und Untersuchung wünschen, weil sie den Aussagen des Gutachtens nicht trauen, dann spreche nichts dagegen, wenn sie selbst einen solchen Prüfauftrag erteilen und natürlich auch selbst bezahlen. Die CDU-Fraktion halte den Antrag der Grünen-Fraktion mit dem Inhalt, dass der Landkreis eine solche Prüfung in Auftrag geben solle, für völlig abwegig und zudem kontraproduktiv. **Abg. Gerdes** empfahl allen Kreistagsabgeordneten, ihn mit großer Mehrheit abzulehnen.

Abg. Saathoff erklärte, dass sie bereits jahrelanges Mitglied im Aufsichtsrat sei. Die Aussage des Abg. Gerdes, dass die BDO vertrauenswürdig sei, sei sicherlich richtig, aber es habe bereits mehrere Gutachten gegeben. Ihre Fraktion befürworte ein neues Gutachten, da es ein Bürgerbegehren geben werde.

Sodann ließ **Vorsitzender Thiele** über den Antrag abstimmen:

Abstimmungsergebnis:

⇨ Ja-Stimmen: 8 Nein-Stimmen: 37 Enthaltungen: 6
➔ **mehrheitlich abgelehnt**

TOP 28 Bericht des Landrates

Es lag kein Bericht vor.

TOP 29 Einwohnerfragestunde

Es lag keine Wortmeldung vor.

TOP 30 Verschiedenes, Wünsche, Anregungen

Es lag keine Wortmeldung vor.

TOP 31 Schließung der öffentlichen Sitzung

Vorsitzender Thiele schloss um 18:55 Uhr die öffentliche Sitzung.

gez. Weber

Landrat

gez. Thiele

Vorsitzender

gez. Malbrich
gez. Möhlmann

Protokollführerin